STADT BIELEFELD **35. Sitzung**
- Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss - **(2020-2025)**

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses

am 17.04.2024

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:55 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen — Vorsitz

CDU
Herr Henrichsmeier
Herr Nettelstroth — Stellv. Vorsitz
Frau Steinkröger
Herr Thole

SPD
Frau Gorsler
Herr Klaus
Herr Nockemann

Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hallau
Herr Hood
Frau Osei
Herr Schnell

FDP
Frau Schneidereit

Die Linke
Herr Vollmer

Die Partei
Frau Oberbäumer — Bis 18:42 Uhr

AfD
Herr Dr. Sander

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW
Herr Alich (parteilos)
Herr Gugat (LiB)
Herr Krämer (BfB)

Verwaltung

Herr Erster Beigeordneter Nürnberger	Dezernat 5
Herr Stadtkämmerer Kaschel	Dezernat 1
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Herr Beigeordneter Adamski	Dezernat 3
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4

Herr Majewski	Feuerwehr Bielefeld
Frau Schmiedeskamp	Konzerncontrolling und steuerliche Angelegenheiten
Herr Steinmeier	Presseamt
Frau Ley	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates
Frau Mülot	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates (Schriftführung)

Gäste

Herr Hardieck	WEGE mbH

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt die Anwesenden, eröffnet die 35. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses (HWBA) und stellt den termingerechten Zugang von Einladung und Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung sei um eine fristgerecht eingegangene Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema „Überwachung der Regelungen des Cannabisgesetzes (CanG) durch die Stadt Bielefeld“ mit der Drucksachen-Nr. 7873/2020-2025 unter TOP 2.1 zu erweitern.

Herr Hallau beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes 4 „Kooperation der Stadtwerke Bielefeld GmbH im Rahmen der Trinkwasserversorgung (…)“, Drucksache Nr. 7528/2020-2025, bis das Votum aus dem Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz vorliege (Antrag zur Geschäftsordnung).

Weitere Änderungen werden nicht vorgetragen. **Der Ausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung unter Berücksichtigung der genannten Änderungen.**

-.-.-

Zu Punkt 1 Mitteilungen

Zu Punkt 1.1 Neue Online-Angebote in der Kommunalen Ausländerbehörde

(Hinweis: Die Mitteilung steht im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung.)

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 1.2 Familien feiern die Demokratie – Organisation, Planung und Durchführung eines Familienfestes am 25.August 2024 auf dem Kesselbrink

(Hinweis: Die Mitteilung steht im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung.)

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2 Anfragen

Zu Punkt 2.1 Überwachung der Regelungen des Cannabisgesetzes (CanG) durch die Stadt Bielefeld (Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.04.2024)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7873/2020-2025

(Hinweis: Anfrage und Antwort der Verwaltung stehen im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung.)

Herr Oberbürgermeister Clausen erklärt, dass auf ein Verlesen von Anfrage und Antwort verzichtet werde, da die Antwort mehr als 24 Stunden vor der Sitzung in das Ratsinformationssystem eingestellt worden sei.

Herr Nettelstroth kritisiert, dass auch die Antwort der Verwaltung viele Fragen unbeantwortet lasse, die sich aus dem neuen Gesetz ergäben. Dies führe zu großer Unsicherheit. So sei zum Beispiel unklar, an wen sich Bürgerinnen und Bürger mit dieser Thematik wenden könnten, wo genau Verbotszonen sind und wo ihre Grenzen verlaufen und wer für die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben für die Clubs zuständig sei.

Herr Oberbürgermeister Clausen bestätigt, dass die aktuellen Regelungslücken unbefriedigend seien. Die Landesregierung habe zugesagt, entsprechende Regelungen zeitnah zu veröffentlichen. Diese blieben zunächst abzuwarten.

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anträge

Zu Punkt 3.1 Öffentliche Toilettenanlagen im Bielefelder Stadtgebiet ausbauen und sichern (Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 08.04.2024)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7841/2020-2025

Herr Vollmer begründet den Antrag der Koalition.

Herr Gugat erklärt, er unterstütze den Antrag, halte allerdings eine Finanzierung über Werbeeinnahmen angesichts der bereits vorhandenen Vielzahl an Werbung im Stadtgebiet für nicht empfehlenswert.

Herr Nockemann betont, dass auch die Stadtbezirke und die Endhaltestellen des ÖPNV mit öffentlichen Toilettenanlagen versorgt werden müssten.

Herr Nettelstroth weist darauf hin, dass die bisherigen Versuche häufig am Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer gescheitert seien, welches zu un-

tragbaren hygienischen Zuständen geführt habe. Um sinnvolle und finanzierbare Lösungen zu finden, sei die Verwaltung möglicherweise auf die Unterstützung Privater angewiesen.

Herr Dr. Sander appelliert an den Einsatz von Euroschlüsseln, die einem berechtigten Kreis den Zugang zu abschließbaren, behindertengerechten Toilettenanlagen ermögliche.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet um Abstimmung über den Antrag der Koalition.

Beschluss:

Der Haupt-, Wirtschafts- und Beteiligungsausschuss beschließt:

1. **Auf der Grundlage der Informationsvorlage der Bauverwaltung (Drucksache 6876/2020- 2025) und des Beschlusses des Finanz- und Personalausschusses sollen die im Haushaltsplan vorgesehenen 120.000 € für Sofortmaßnahmen zur Umsetzung der Verbesserung des bestehenden Angebots (z.B. Beschilderung) oder Installation weiterer modellhaft zu erprobender Anlagen von der Verwaltung umgesetzt werden.**
   Ziel ist es, öffentliche Toiletten weitgehend kostenfrei nutzen zu können. Entsprechend sind für neue Anlagen öffentliche Fördermittel einzuwerben und eine Form der Unterhaltsfinanzierung in Verbindung mit kommerzieller Werbung zu prüfen.

   Folgende Sofortmaßnahmen sollen dabei berücksichtigt werden:

   a) **Die sichtbare Ausschilderung und Ertüchtigung der vorhandenen Toilettenanlagen (z.B. am Jahnplatz), ist zeitnah umzusetzen. Hierbei soll über QR-Codes auch die Karte mit den öffentlichen Toiletten inklusive „Nette Toiletten“ in Bielefeld, mit Hinweisen zur Barrierefreiheit und Öffnungszeiten abrufbar sein.**
   b) **Das Konzept „Nette Toilette“ ist in Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel zu reaktivieren und in Absprache mit den Stadtbezirken an sinnvollen Orten (z.B. Stadtteilzentren, in der Nähe von Parkanlagen, …) auszuweiten.**
   c) **Bei der Versorgung mit öffentlichen Toiletten sind auch zugängliche Anlagen in öffentlichen Gebäuden (Stadtverwaltung, Landeseinrichtungen, Museen, Friedhöfen usw.) einzubeziehen. Auch hier sind ein angemessener Standard der Anlagen, regelmäßige Reinigung, weitgehende Barrierefreiheit sowie Kennzeichnung der Öffnungszeiten zu gewährleisten.**
   d) **Die Öffnungszeiten der vorhandenen, wie neuen Anlagen an zentralen Orten sind möglichst einheitlich, und wo immer möglich, auf bis zu 24 Stunden auszuweiten.**
   e) **Bei der Planung neuer Anlagen sollen verschiedene Bauweisen Berücksichtigung finden. So könnten z.B. öffentliche Pissoirs zur Reduktion von Wildpinkeln sinnvoll sein. Neue Techniken wie Selbstreinigung und ähnliche unterstützende Entwicklungen gilt es ebenfalls zu nutzen, bzw. zu testen.**
   f) **Es soll geprüft werden, inwieweit es sinnvoll ist, Toilettenanlagen auch mit dem Angebot von Trinkwasser zu verbinden.**

2. **Die Verwaltung wird aufgefordert bis zum 3. Quartal 2024 im Austausch mit den Bezirksvertretungen Maßnahmen für neue Anlagen und erweiterte Toilettenanlagen zu planen und umzusetzen (u.a. in Stadtteilzentren oder als Erweiterung von Anlagen an den Endhaltestellen der S-Bahn).**
   a) **Weitere, wie konkretere Planungen und deren Finanzbedarfe für 2025/2026 sind den relevanten Ausschüssen (SGA und StEA) im 3. Quartal 2024 vorzustellen.**
   b) **Die Möglichkeit der Finanzierung über Werbeeinnahmen (nach dem Vorbild anderer Städte bzw. der Bushaltestellen von moBiel) sollen ebenso wie die Vergabe an private Betreiber geprüft werden.**
   c) **Es wird eine einheitliche und eindeutige Zuständigkeit in der Verwaltung geschaffen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Sachstand Außendienst des Ordnungsamtes (Antrag der FDP-Fraktion vom 08.04.2024)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7852/2020-2025

Frau Schneidereit begründet den Antrag der FDP-Fraktion und betont, dass akuter Handlungsbedarf bestehe und der beantragte Bericht die notwendige Transparenz sicherstelle.

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass die Aufstockung des Personals im Außendienst des Ordnungsamtes auf durchschnittlich 39 Personen aufgrund der Corona-Pandemie erfolgt sei. Diese Personen stünden jetzt nicht mehr zur Verfügung.

Herr Klaus macht darauf aufmerksam, dass die Kooperationsvereinbarung erst vor kurzer Zeit geschlossen worden sei und es daher noch keine messbaren Ergebnisse geben könne. Darüber hinaus sei bereits eine Berichterstattung vereinbart. Diese sollte abgewartet werden. Herr Oberbürgermeister Clausen ergänzt, dass erst vor zwei Monaten in diesem Ausschuss zur Entwicklung und Situation des Ordnungsamtes berichtet worden sei. Er schlage vor, sich wie gehabt einmal jährlich berichten zu lassen.

Herr Dr. Sander gibt zu bedenken, dass das Ordnungsamt nicht für die Kriminalitätsentwicklung verantwortlich sei und ein Bericht möglicherweise nicht die damit verbundenen Erwartungen erfülle.

Herr Hallau schlägt vor, dass die FDP-Fraktion den Antrag zurückziehe und der Bericht zur Umsetzung der Kooperationsvereinbarung abgewartet werde. Frau Schneidereit lehnt diesen Vorschlag ab.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet sodann um Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion und stellt folgendes **Ergebnis** fest: **Der Haupt-,**

Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss lehnt mit Mehrheit den Antrag der FDP-Fraktion auf Erstellung eines Statusberichts zum Einsatz des Außendienstes des Ordnungsamtes ab.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Taubenfütterungsverbot in Bielefeld (Antrag der FDP-Fraktion vom 08.04.2024)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7853/2020-2025

Frau Schneidereit begründet den Antrag der FDP-Fraktion, ein großflächiges Ausstreuen von Futter über ein Fütterungsverbot zu regeln.

Herr Beigeordneter Adamski verweist auf das Konzept zur Stadttaubenregulierung. Dieses liege bereits vor und werde in den nächsten Wochen in den zuständigen Gremien beraten. Er schlage daher vor, die Vorstellung des Konzeptes in der nächsten Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses abzuwarten und den vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion solange zurückzustellen. Frau Osei, Herr Nettelstroth, Frau Gorsler unterstützen für ihre Fraktionen diesen Vorschlag.

Frau Schneidereit stellt den Antrag zurück bis zur Beratung über das Konzept zur Stadttaubenregulierung.

-.-.-

Zu Punkt 4 Kooperation der Stadtwerke Bielefeld GmbH im Rahmen der Trinkwasserversorgung - Gründung der NewCo GmbH & Co. KG sowie deren Komplementär-GmbH - 2. Lesung

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7528/2020-2025

Der Antrag wurde vertagt (siehe „vor Eintritt in die Tagesordnung“).

-.-.-

Zu Punkt 5 Förderung von Projekten für das demokratische Zusammenleben in Bielefeld

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7752/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen führt in das Thema ein und eröffnet die Diskussion.

Unter Bezug auf die Nummer 15 der Liste der zur Förderung vorgeschlagenen Projekte möchte Herr Dr. Sander wissen, wie sichergestellt werde, dass in diesem konkreten Projekt keine Parteipolitik gegen eine einzelne

Partei betrieben werde. Hintergrund für diese Frage sei, dass einige aktuelle Ratsmitglieder gleichzeitig auch aktive Mitglieder des „Bielefelder Bündnis gegen Rechts“ seien.

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt klar, dass Menschen ihre politische Meinung zum Ausdruck bringen und auch konkrete Position gegen die AfD beziehen dürften. Die Stadtverwaltung selbst sei zur Neutralität verpflichtet und habe u. a. die Aufgabe, die Demokratie wehrhaft zu verteidigen. Dazu gehöre auch, Veranstaltungen zum Meinungsaustausch zu ermöglichen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Sander sagt Herr Oberbürgermeister Clausen zu, den Mitgliedern des Ausschusses im Nachgang zu dieser Sitzung die Beschreibung des Projektes zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

1. **Auf Empfehlung des Unterausschusses zur Vergabe der Fördermittel für das demokratische Zusammenleben in Bielefeld vom 19.03.2024 beschließt der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss die Förderung der in der Anlage 1 aufgeführten 20 Projektanträge für das demokratische Zusammenleben in Bielefeld 2024 in der empfohlenen Förderhöhe.**

   Die Fördermittel sind bis zum 30.04.2025 zu verausgaben.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 Veröffentlichung des ersten Nachhaltigkeitsberichts der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7489/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen spricht insbesondere dem Team des Dezernates von Herrn Beigeordneten Adamski seinen Dank für die Erarbeitung dieses Berichts aus. Für die nächsten Jahre sein ein komplexer Steuerungsanspruch zu bewältigen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7 Jahresbericht der Feuerwehr 2023

Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Leiter der Feuerwehr Bielefeld, Herrn Majewski, und dessen 2. Stellvertreter Herrn Rempe.

Herr Majewski stellt anhand einer Präsentation den Jahresbericht der Feuerwehr für das Jahr 2023 vor (*Anmerkung: Die Präsentation ist als Doku-*

ment im PDF-Format im Ratsinformationssystem eingestellt). Die im Rahmen des Brandschutzbedarfsplans gefassten Beschlüsse zeigten erste Wirkungen. Als Fazit sei festzustellen, dass gute und richtige Entscheidungen getroffen worden seien. Die Feuerwehr arbeite mit Hochdruck und einem hochmotivierten Team an der Umsetzung, diese benötige jedoch noch einige Zeit und auch die Unterstützung der Stadt.

Herr Oberbürgermeister Clausen dankt für den ausführlichen Bericht. Die Feuerwehr sei gut aufgestellt und suche auch in den Strategiegesprächen um pragmatische Lösungen im Sinne der Stadt. Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss unterstütze die Feuerwehr, dennoch seien die vielen unterschiedlichen Interessen im Haushalt auszubalancieren und zu steuern. Er bittet, den Dank dieses Ausschusses an alle Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr und der freiwilligen Feuerwehren weiterzugeben für all das, was diese Menschen täglich für die Bielefelder Bevölkerung leisteten. Dann eröffnet er die Diskussion.

Herr Majewski geht im Folgenden auf die Fragen von Herrn Nockemann, Herrn Nettelstroth, Herrn Vollmer und Herrn Gugat ein:

- Die Inbetriebnahme des neu eingeführten Telenotarztsystems unterstütze die Einsatzkräfte der Rettungswagen. Ein Bagatelleinsatz könne so deutlich schneller beendet und der unnötige Einsatz eines Notdienstes oft vermieden werden. Insgesamt erfolgten etwa zehn bis 15 Prozent der Einsätze aufgrund von Bagatellen.
- Seine Wünsche für die Feuerwehr seien der zügige Neubau der Hauptfeuerwache, der Neubau der Feuerwache 5 am Jagdtweg, die Umsetzung der Bauvorhaben für die Freiwillige Feuerwehr und die personelle Aufstockung auf den absolut notwendigen Bedarf.
- Gewalt gegen die Einsatzkräfte bei Einsätzen des Rettungswagens komme etwa einmal im Monat vor. Zumeist gehe es um verbale Gewalt. Die Feuerwehr reagiere darauf unter anderem mit psychosozialer Unterstützung und Deeskalationstraining. Dieses Problem habe im Moment nicht die erste Priorität, werde aber weiter beobachtet.
- Das Thema Trinkwassernotbrunnen sei in Arbeit. Die Ergebnisse könnten dann bei Bedarf auch in den Stadtbezirken vorgestellt werden.
- Zur Bekämpfung von Vegetationsbränden sei die Feuerwehr gut aufgestellt, sowohl hinsichtlich der Ausbildung als auch der Ausstattung.
- Eine interkommunale Zusammenarbeit bestehe mit dem Kreis Herford. Da Bielefeld eine Berufsfeuerwehr vorhalten müsse, sei dieses Thema eher für die umliegenden Gemeinden wichtig, wo die Reaktionszeiten für Freiwillige Feuerwehren Probleme bereiteten. Insofern sei Bielefeld eher in der unterstützenden Funktion tätig als selbst Hilfe zu benötigen.
- Zu den Brandursachen habe die Feuerwehr keine Informationen, dies sei Sache der Polizei.
- Das Ehrenamtskonzept der Freiwilligen Feuerwehr sei Teil des Brandschutzbedarfsplans.

Herr Majewski dankt für die positiven Feedbacks aus dem Ausschuss.

Ergänzend appelliert Herr Nettelstroth an Jeden, seinen Versicherungsschutz zu überprüfen, auch hinsichtlich der Kosten für die Entsorgung des bei einem Brand entstehenden Sondermülls.

Angesichts der jüngsten Vorfälle zeigt sich Frau Osei beeindruckt von der Professionalität, Schnelligkeit und Kollegialität der Feuerwehr.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8 **Nachfrage von Unternehmen nach gewerblichen Bau- und Gebäudeflächen in Bielefeld im Jahr 2023**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7826/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Hardieck (WEGE mbH), der anhand einer Präsentation berichtet (*Anmerkung: Die Präsentation ist als Dokument im PDF-Format im Ratsinformationssystem eingestellt*).

Herr Oberbürgermeister Clausen fasst zusammen, dass dieses Thema die Verwaltung auch zukünftig weiter beschäftigen werde. Es würden mehr Gewerbeflächen vor Ort benötigt. Er hoffe, dass die Konversion in Bielefeld einen wichtigen Beitrag zur Entspannung der Situation leisten werde.

Herr Nettelstroth weist darauf hin, dass die Nachfrage an Flächen in Bielefeld sinke, da sich herumspreche, dass Bielefeld keine Angebote für Flächen unterbreiten könne. Die WEGE müsse in die Lage versetzt werden, entsprechende Angebote machen zu können. Auch die Abwanderung von Unternehmen sei zu beobachten.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Sander berichtet Herr Hardieck, dass pro Jahr ca. 14 unkonkrete Anfragen nach Gewerbeflächen, in der Regel für großflächige Investitionen, eingingen. Diese könnten nicht bedient werden.

Herr Oberbürgermeister Clausen dankt Herrn Hardieck für die Berichterstattung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9 **Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Gemeinwohlbilanzierung**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7783/2020-2025

Herr Nettelstroth merkt an, dass die Studie einen anderen Blick auf Wertschöpfung ermögliche und mahnt an, sich nicht zu verzetteln.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10 **<u>Auflösung von Arbeitsgruppen, Projektgruppen u. ä.</u>**

<u>Beratungsgrundlage:</u>
Drucksachennummer: 7143/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss heute im Rahmen seiner Zuständigkeit nur über die Auflösung der Arbeitsgruppe „Fördermittel Kommunalinvestitionsförderungsgesetz“ zu entscheiden habe.

Ohne Aussprache ergeht folgender

<u>Beschluss:</u>

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt – im Rahmen seiner Zuständigkeit – dem Rat zu beschließen:

Folgendes Gremium hat seine Arbeit beendet und wird nun formell aufgelöst:

- **Arbeitsgruppe Fördermittel Kommunalinvestitionsförderungsgesetz**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Herr Oberbürgermeister Clausen beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.